«Unerträglich, wie die UNO versagt»

Carla Del Ponte beklagt die Straflosigkeit von Kriegsverbrechern im Syrien-Konflikt. Sie macht vor allem Russland schwere Vorwürfe. Dennoch hat sie Hoffnung auf Gerechtigkeit. Assad werde nicht ewig Präsident sein.

Mit Carla Del Ponte sprachen Vincenzo Capodici und Enver Robelli

Sie haben im letzten August die UNO-Untersuchungskommission zu Syrien verlassen – aus Frust und aus Protest gegen das Versagen der internationalen Politik. Mit welchen Gefühlen und Gedanken schauen Sie heute auf den Syrien-Krieg?
Es hat sich nichts geändert. Sieben Jahre Krieg und sieben Jahre Kriegsverbrechen – und nichts passiert. Der UNO-Sicherheitsrat handelt nicht. Es ist unerträglich, dass die UNO so versagt. Ich werde zwar weiter verfolgen, was in Syrien passiert. Aber ich bin froh, dass ich nicht mehr dieser Untersuchungskommission angehöre. Ich habe mehr als fünf Jahre mein Bestes gegeben. Ich hatte gedacht, dass nach zwei, drei Jahren ein Sondertribunal geschaffen wird. Aber wir haben nichts erreicht. Die Arbeit dieser UNO-Kommission ist im Moment nichts anderes als eine Alibiübung.

Ihre Enttäuschung ist spürbar. War das Buch «Im Namen der Opfer», das Sie nun veröffentlicht haben, eine Art Psychohygiene für Sie?
Auch. Es hat mir geholfen, meine Frustrationen zu diesem Thema zu verarbeiten.

In Ihrem Buch erinnern Sie mit eindrücklichen Geschichten an die unzähligen Opfer des Syrien-Krieges. Was hat Sie besonders betroffen gemacht?
Dieser Krieg ist grausamer als andere Kriege, mit denen ich mich befassen musste. Ich habe noch nie derart viele Folter- und Tötungsmethoden gesehen oder davon gehört. Der sogenannte Islamische Staat oder auch die Al-Nusra-Front trugen zur Brutalisierung dieses Kriegs bei. Am meisten berührte mich das Schicksal von Kindern, die gefoltert und getötet wurden. Ich sah ein Video, in dem ein 12-jähriges Kind enthauptet wird. Die Angst im Gesicht des Kindes, bevor es getötet wurde – das sind schlimme Bilder.

Warum stemmt sich der UNO-Sicherheitsrat gegen die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen in Syrien? Liegt das nur am Veto Russlands, das mit dem Assad-Regime verbündet ist?
Es sind die Russen, aber auch die Chinesen, die mit ihrer Vetomacht alles blockieren. Aber auch die übrigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats zeigen kein grosses Interesse an einem Syrien-Tribunal. Es fehlt allgemein der politische Wille. Wir hatten grosse Erfolge in der internationalen Strafjustiz – zum Beispiel mit der Schaffung von Tribunalen für Ruanda und das frühere Jugoslawien sowie mit der Einrichtung eines permanenten internationalen Gerichtshofs. Ich will nicht glauben, dass mit dem Syrien-Krieg die Strafverfolgung von Kriegsverbrechern zu Ende geht. Aber ich habe die Hoffnung noch nicht verloren.

Worauf gründen Sie ihre Hoffnungen?
Die UNO-Generalversammlung hat einen sogenannten unabhängigen Untersuchungsmechanismus geschaffen. Die Ermittler dieses Gremiums mit Sitz in Genf haben die Aufgabe, Beweise für Kriegsverbrechen in Syrien zu sammeln und zu bewerten. Damit sollen die Grundlagen für spätere Prozesse gegen Kriegsverbrecher geschaffen werden. Das Ziel müsste sein, höchste Amtspersonen vor Gericht zu bringen.

Ein mutmasslicher Kriegsverbrecher ist der syrische Machthaber Bashar al-Assad. Glauben Sie, dass sich Assad in naher Zukunft vor einem Gericht verantworten muss?
Man weiss nicht, was die Zukunft bringt. Assad wird auch nicht ewig Präsident sein. Aber solange Russland hinter ihm steht, bleibt er an der Macht. Tatsache ist auch, dass ein Frieden in Syrien im Moment ohne Assad nicht möglich ist.

Die Russen kämpfen an der Seite Assads, und sie tun dies mit unzimperlichen Methoden. Müsste sich auch Russlands Präsident Wladimir Putin wegen Kriegsverbrechen verantworten?
Das weiss ich nicht. Tatsache ist, dass auch Russen an Kriegsverbrechen beteiligt waren. Dasselbe gilt eigentlich für alle Kriegsparteien.

«Vielleicht schreibe ich einen Thriller»: Die frühere UNO-Chefanklägerin Carla Del Ponte. Foto: Urs Jaudas

Als Mitglied der Untersuchungskommission haben Sie vor ein paar Jahren die Rebellen öffentlich beschuldigt, Nervengas eingesetzt zu haben. Anschliessend wurden Sie von der eigenen Kommission zurückgepfiffen …
… dies steht aber in einem später veröffentlichten Bericht derselben Kommission. Dabei handelte es sich um einen Chemiewaffeneinsatz im März 2013. Der Bericht erwähnt 26 Orte in Syrien, wo Chemiewaffen eingesetzt wurden. In 20 Fällen steht das Assad-Regime unter Verdacht und in 6 Fällen Rebellengruppen. Das sind Ansätze für seriöse Ermittlungen. Aber auch in der Kommission gibt es kein Interesse daran.

Carla Del Ponte
Im Namen der Opfer des Syrien-Krieges

Carla Del Ponte (71) wirkte von 1999 bis 2007 als Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag für die Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien und für den Völkermord in Ruanda. Von 2008 bis 2011 amtete sie als Botschafterin der Schweiz in Argentinien. Von 2011 bis 2017 war sie Mitglied einer UNO-Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen im Syrien-Krieg. Del Ponte hat soeben ihr neues Buch «Im Namen der Opfer» (Giger Verlag, Altendorf) veröffentlicht. *(vin)*

Würde es Sie reizen, die Aufgabe als Chefanklägerin zu den Kriegsverbrechen in Syrien zu übernehmen?
Nur wenn es offizielle Sonderermittlungen und ein Sondertribunal geben wird. Und das müsste bald geschehen, ich werde auch nicht jünger.

Sie waren von 1999 bis 2007 Chefanklägerin beim Jugoslawien-Tribunal in Den Haag. In 24 Jahren sind insgesamt 161 Personen angeklagt worden. In erster Instanz gab es 84 Schuldsprüche. Ist das eine gute Bilanz?
Das ist eine sehr gute Leistung, ein grosser Erfolg für die internationale Strafjustiz. Erstmals gelang es, höchste Politiker und Militärs zur Verantwortung zu ziehen.

Keinen Schuldspruch gab es aber für den serbischen Gewaltherrscher Slobodan Milosevic. Er starb noch vor dem Urteil im Gefängnis an einem Herzinfarkt. Nach Ansicht von Kritikern war das eine Niederlage für Sie. Sie sollen die Anklage überladen haben, sodass das Verfahren viel zu lange dauerte. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?
Der Milosevic-Prozess ist nicht gescheitert. Wäre er nicht vorzeitig gestorben, hätte Milosovic eine lebenslange Freiheitsstrafe bekommen. Dass das Verfahren lange dauerte, lag auch an der komplizierten Strafprozessordnung. Zudem waren die Anklageschriften sehr ausführlich, weil alle Opfer darin aufgelistet wurden. Die Angehörigen hätten es nicht verstanden, wenn ihre Lieben nur dazu nicht erwähnt worden wären, das Anklageverfahren zu beschleunigen. Der vorzeitige Tod von Milosevic war für mich als Chefanklägerin eine Enttäuschung, aber keine Niederlage.

Von Ihnen ist die Aussage überliefert, dass Sie von Milosevic fasziniert waren.
Das stimmt so nicht. Milosevic erlebte ich als intelligent und schlau. Als er im Prozess die Zeugen befragte, gelang es ihm immer wieder, sie zu verunsichern und deren Aussagen in Zweifel zu ziehen.

Die Richter in Den Haag haben ein paar umstrittene Urteile gefällt. So wurde der kroatische Ex-General Ante Gotovina zu einer Freiheitsstrafe von 24 Jahren verurteilt und im Berufungsprozess freigesprochen. Wie ist ein so krass anderes Urteil möglich?
Das hat mit Politik zu tun. Es ist kein Geheimnis, dass es immer wieder politischen Druck auf das Gericht gegeben hat.

> «Dieser Krieg ist grausamer als andere Kriege.»

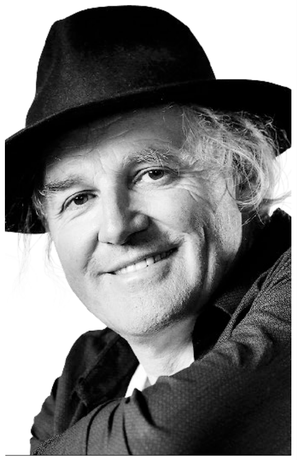
Ein anderes umstrittenes Urteil betrifft den serbischen Kriegstreiber Vojislav Seselj. Er wurde in erster Instanz freigesprochen.
Der zuständige Gerichtsvorsitzende, Jean-Claude Antonetti aus Frankreich, war absolut unfähig. Er hatte nicht den Mut, Seselj schuldig zu sprechen. (Seselj wurde im Berufungsprozess zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, musste aber die Strafe nicht absitzen, weil er mehr als ein Jahrzehnt in Den Haag in U-Haft sass. Anm. d. Red.)

Für Aufsehen sorgte der kroatische Ex-General Slobodan Praljak, der während der Urteilseröffnung vor laufenden TV-Kameras einen Gifttrank schluckte und später starb. Wie konnte dem Tribunal eine solche Blamage passieren?
Das erstaunt mich nicht. Ausser Waffen wurde alles in die Den Haager Gefängnisse geschmuggelt. Da gingen Familienangehörige, Freunde und Bekannte ein und aus, solange die Häftlinge nicht verurteilt waren. Klar, der Gifttod von Praljak ist ein Skandal. Alles lässt sich aber nicht kontrollieren. Praljak war 73 Jahre alt, bei der Aussicht auf 20 Jahre Haft wollte er lieber auf diese Weise von dieser Welt gehen. Ich kannte Praljak. Er war eine sonderbare Person.

Die internationale Strafjustiz sollte im besten Fall nicht nur Recht sprechen, sondern auch Gerechtigkeit schaffen. Ist es dem Jugoslawien-Tribunal gelungen, zu Versöhnung und Frieden zwischen einstigen Kriegsgegnern beizutragen?
Bei allen Urteilen gibt es immer die Zufriedenen und die Unzufriedenen. Insgesamt glaube ich schon, dass auch Gerechtigkeit geschaffen worden ist. Ob das Tribunal auch einen Beitrag zum Frieden geschaffen hat – das muss man offenlassen.

Sie sind jetzt 71 Jahre alt. Haben Sie noch grosse Pläne? Oder werden Sie sich vor allem Ihren Plichten als Grossmutter widmen?
Für eine Grossmutter fühle ich mich noch zu jung. Vielleicht schreibe ich einen Thriller.

Sie sind begeisterte Golfspielerin. Welches Handicap haben Sie?
21. Das ist nicht gut. Ich muss mich verbessern, 17 oder 18. Das möchte ich noch dieses Jahr erreichen.



Linard Bardill Der Liedermachter kandidiert als Regierungsrat. *Von Michael Soukup*

Sunne, Sunne, Sunnestrahl

In Graubünden überstürzen sich die Ereignisse. Zuerst wurden die grössten illegalen Bauabsprachen bekannt, die die Wettbewerbskommission (Weko) je untersucht hat. Mittendrin: Andreas Felix, Geschäftsführer des Bündner Baumeisterverbands, kantonaler BDP-Präsident und Regierungsratskandidat. Kurz darauf trat er als Parteichef und Kandidat zurück. Damit gab die BDP sechs Wochen vor den Wahlen ihren zweiten Regierungssitz vorzeitig und kampflos preis. Dann schaltete sich der Verleger der «Südostschweiz» ein und griff die Weko frontal an. Graubünden werde «zu einem Gaunerstaat» erklärt, schrieb Hanspeter Lebrument in seiner Zeitung.

Auch der Bündner Kinderliedermacher Linard Bardill («Sunne, Sunne, Sunnestrahl: Lüücht üs über Berg und Tal») spürt zurzeit Zorn, ja brachialen Zorn, wie auch er in der gleichen Zeitung schrieb. Nicht wegen der Weko, sondern wegen der Klüngeleien in der Wirtschaft und der Politik seines Kantons. Aber «wo bleibt der Leute Zorn?», fragte der 61-Jährige. Der Zorn über die Millionen, die sich diese Patrons auf Kosten der Steuerzahler unter den Nagel gerissen haben?

Am Montag um 6 Uhr wurde aus Zorn Tat. «Als ich mit meiner Frau auf dem Cresta-Hügel die Sonne über dem Berggipfel aufgehen sah, besiegelten wir gemeinsam mit einer Qigong-Session den Entschluss, dass ich kandidieren werde», sagt der Vater von fünf Kindern am Telefon. Ihm sei bewusst geworden, dass Graubünden, ja die ganze Welt, einen Neuanfang brauche. Er sei überparteilich, keiner Lobby verpflichtet und könne keinerlei Hausmacht einbringen – dafür aber sein inneres Feuer, einen klaren Verstand und seine Liebe zum Kanton.

Aus dem Gutmenschen und neuerdings Wutmenschen Bardill soll nun also ein Regierungsrat werden. Auf seiner Website finden sich bereits zahlreiche prominente Unterstützer: «Linard ist eine Naturgewalt, er kann Berge versetzen» (Schriftsteller Gion Mathias Cavelty). «Im Zweifel kann er Kinder mit pädagogisch wertvollen Liedern wachrütteln oder in den Schlaf wiegen» (Festivalmacher Christian J. Jenny). «Bardill würde unserem Kanton viel Schub verleihen» (Architekt Valerio Olgiati).

Lebrument glaubt, dass die Weko «in enger Zusammenarbeit» mit dem Onlinemagazin «Republik» den Bündner Wahlkampf aufs Schwerste beschädigt habe. Er fordert deshalb eine externe Untersuchung der Bauabsprachen. Auch Bardill scheint an umstrittenen Theorien Gefallen zu finden. Letztes Jahr hat er den Verschwörungstheoretiker Daniele Ganser in Schutz genommen. Darauf angesprochen, sagt Bardill, Ganser sei fertiggemacht worden, weil er eine andere Sicht auf die Welt habe. Er glaube zwar nicht, dass die Amerikaner für die Anschläge vom 11. September 2001 verantwortlich seien. «Ich wünsche aber eine neue Untersuchung, die diesen Namen verdient.»

Muttertag Die Werbeaktion der Supermarktkette Lidl zementiert angestaubte Rollenmuster – und erntet einen Sturm der Entrüstung. Ist das wirklich die beste Antwort? *Von Michèle Binswanger*

Was Mütter glücklich macht

Was haben die Dampfbügelstation Liberty SV 7010, der Saugroboter Deebot M82 und die Freiarm-Nähmaschine My Janis gemeinsam? Sie machen Mütter glücklich. So sieht es jedenfalls die Supermarktkette Lidl. «Zeit, Danke zu sagen», heisst es mit fast schon rührender Naivität in der Themen-Werbekampagne, mit der Lidl zum Muttertag ein paar Haushaltsgeräte mehr an die Mutter bringen will. Wenn die da nicht vor lauter Freude in ihre Kochschürze beisst!

Haushaltsgeräte für Mütter! Man kann sich plastisch vorstellen, wie die Lidl-Werbeabteilung ihre Kreativität in einer denkwürdigen Sitzung bis zur Erschöpfung verausgabt haben muss, bevor einer diese geniale Werbeidee gebar. Vermutlich handelte es sich dabei um in Ehren ergraute oder jung vergreiste Herren, die mental in den Fünfzigerjahren stecken geblieben sind. Vom Konzept sozialer Medien haben sie wohl noch nie gehört, geschweige denn davon, dass sich die Rollenbilder in den vergangenen fünfzehn Jahren gewandelt haben. Und dass man sich heute besser progressiv zeigt, wenn es um solche Fragen geht, will man nicht von den Social-Media-Schergen gerichtet werden.

Zutreffende Klischees

Das Plakat sorgte denn auch genau dort für die erwartbare Empörung. Widerlich sei diese Werbung und sexistisch, die Verantwortlichen gehörten gefeuert oder ins Irrenhaus gesteckt, forderten die vehementesten Kommentare. Mit seiner Kampagne bediene Lidl in haarsträubender Weise Klischees, die so gesellschaftlich nicht mehr akzeptabel seien, so der Tenor der Kritik.

Es stimmt; hier werden Klischees bedient. Leider aber treffen sie auch zu. Denn zwar sind die meisten Mütter in der Schweiz mittlerweile auch erwerbstätig, aber gleichzeitig leisten sie nach wie vor den Löwenanteil an Kindererziehung und Hausarbeit. Die Väter hingegen sind nach wie vor vornehmlich fürs Geldverdienen zuständig, nur ganz progressive Exemplare kümmern sich auch den einen oder anderen Halbtag um die Kinder. Und das alles freiwillig: Meistens beschliessen dies die Eheleute gemeinsam so in jungen Jahren, weil sie glauben, es sei einfacher und unkomplizierter.

> «Lieber einen Spa-Gutschein. Oder ein Doping-Kit.»

Michèle Binswanger
Redaktorin Hintergrund

Beschämend doof: Das Rollenbild vom Heimchen in der karierten Schürze. Foto: Getty Images

Man kann Lidl tatsächlich vieles vorwerfen: Erstens ist die Werbekampagne beschämend doof, angefangen beim rosaroten Farbkonzept, samt Herzchen und Emojis auf der Nähmaschine. Zweitens ergibt sich regelmässig aus entsprechenden Umfragen, dass Haushaltsgeräte auf der Liste der ungeliebten Geschenke Spitzenreiter sind. Zudem finden es die wenigsten Mütter besonders schmeichelhaft, wenn man ihnen zu verstehen gibt, sie seien im Grunde eine billige Haushaltskraft. Und drittens ist es zwar nicht Lidls Kerngeschäft, sich um gesellschaftliche Veränderungen zu bemühen, aber der Konzern könnte hier umsonst ein paar Sympathiepunkte sammeln: Indem er Väter etwa mit technisch ausgefeiltem Haushaltszubehör in Haushalt und Küche lockt, während sich als ideales Muttertagsgeschenk ein extensiver Aufenthalt im Fünf-Stern-Spa anbieten würde. Oder aber ein gut sortiertes Doping-Kit.

Wie toll!

Dann bleibt noch die Frage, ob man sich wegen einer öden Werbekampagne wirklich so arg aufregen muss. Ob die Verfehlung der Lidl-Werbeabteilung wirklich rechtfertigt, dass man dem Unternehmen mit sozialer Ächtung und Rufmord droht. Oder ob solch heftige Reaktionen nicht eher von einem Mangel an Augenmass und Hang zur Hysterie bei den Kritikern zeugt, was sich letztlich kontraproduktiv auswirkt.

Lidl reagierte auf die Kritik mit einem nichtssagenden Statement: «Wir bedauern, wenn wir mit den aktuellen Aktionsangeboten bei einigen Kunden für Unmut sorgen, und nehmen das Feedback sehr ernst.» Wie toll! Vielleicht hat der Sturm der Entrüstung doch erreicht, dass sich die Werbeabteilung beim nächsten Mal um etwas mehr Originalität bemüht.

Andernfalls sei ihnen der Saugroboter Deebot M82 ans Herz gelegt: Vielleicht zeigt der auch bei angestaubten Ideen Wirkung.

Italien Plötzlich gelten die alten politischen Spielregeln nicht mehr. Den Populisten und selbst ernannten Superdemokraten sind sie lästig geworden. *Von Oliver Meiler, Rom*

Tilt im System

Italien verzweifelt an der Blockade seines politischen Systems, es ist etwas mehr als nur ein Patt im Parlament. Nichts funktioniert mehr, nicht einmal die Aura des «Colle». So, Hügel, nennt man in Italien Amt und Würde des Präsidenten der Republik, der seinen prächtigen Sitz auf dem Quirinal hat, einer der sieben sanften Anhöhen Roms. In der bewegten Geschichte der Republik war es bisher fast immer so gewesen, dass dringliche Appelle an Vernunft und Verantwortung, die vom «Colle» kamen, wie Gebote von ganz oben wirkten. Unverhandelbar. Die Parteien nahmen sie hin, normalerweise stimmten sie den Vorschlägen des Präsidenten zu, weil ja allen am höheren Wohl des Landes liegen musste. Diesmal aber ist alles anders.

Sieben Minuten dauerte der Appell von Sergio Mattarella, nachdem auch der dritte und letzte Versuch gescheitert war, über Sondierungsgespräche eine Parlamentsmehrheit für eine neue Regierung zu finden. Zwei Monate hatten die gedauert. In dieser Zeit hatte der Staatschef seine Rolle als Schiedsrichter mit stiller Klasse und viel Geduld interpretiert. Der Sizilianer gilt als gerader Mann, wortkarg und ohne Hang zum Theatralischen.

Da stand er nun also und redete mit ungewohnt dramatischen Worten auf die Parteien ein. Sie möchten dem Land doch die Gefahren einer schnellen Neuwahl ersparen, sagte er, gerade jetzt, da sich Italien endlich erhole von einer langen Krise und noch etwas schwach auf den Beinen sei. Er kündigte die Bildung einer «neutralen Regierung» an, eines Dienstkabinetts mit parteilosen Persönlichkeiten, das nur einige wenige Geschäfte erledigen und bereits im Dezember wieder abtreten würde. Sieben Monate, mehr nicht. Danach gebe es Neuwahlen, wenn möglich mit einem neuen Wahlgesetz. Es ist ein vernünftiger Vorschlag, den er da macht, innovativ dazu: Mattarella versprach, die Techniker würden ihre Posten schon früher räumen, wenn sich in der Zwischenzeit doch noch eine Mehrheit für eine politische Regierung finden lasse.

Ein lautes «No»

Während Mattarella noch sprach, dröhnte schon ein lautes «No» zurück. Die beiden halben Wahlsieger, die Protestbewegung Cinque Stelle und die rechtsnationale Lega, hatten unterdessen ausgemacht, dass sofort gewählt werden sollte, und zwar am 8. Juli. Die ganze Blockade des Systems illustriert mit einer institutionellen Unflätigkeit. Es ist nämlich so, dass in Italien der Staatspräsident die Kammern des Parlaments auflöst, so steht es in der Verfassung. Das Datum für Neuwahlen wiederum bestimmt die Regierung. Es gibt feste Prozeduren. Der 8. Juli ist schon deshalb unmöglich, weil zwischen der Auflösung der Kammern und den Neuwahlen 60 Tage liegen müssen. Den Populisten und selbst erklärten Superdemokraten sind aber auch diese elementaren Spielregeln fremd, vielleicht sind sie ihnen sogar ein bisschen lästig.

Wahlen im Sommer wären eine Premiere und ziemlich verrückt. Viele Italiener würden gar nicht wählen können, weil sie entweder Ferienjobs fernab ihrer Wahlgemeinden haben oder selber in den Ferien sind. Würde mit demselben Wahlgesetz gewählt wie zuletzt, käme es wohl auch wieder ähnlich unentschieden heraus wie am 4. März. Die Sondierungsgespräche müssten dann 20 Tage nach der Wahl stattfinden. An Ferragosto also – wie plausibel ist das denn?

In der viel gescholtenen Ersten Republik, 1948 bis 1994, als in Italien Regierungen oft nur wenige Monate überlebten und sich Krisen jagten, entstanden Allianzen über Nacht. Die Welt lächelte damals über die chronische Instabilität Italiens, dabei war das Chaos nur eine Täuschung. Das System war in sich stabil. Es lebte von der politischen Kultur der Akteure, sie waren wahre Meister des Machbaren. Die alten Parteien wussten stets um ihre Unzulänglichkeit im stark fragmentierten Parlament und verhandelten, hofierten und charmierten einander, schlossen Kompromisse.

So war das früher. Die neuen Akteure brüllen einander nur an, drohen bei jeder Widrigkeit mit der Rebellion ihres Wahlvolks. Und sie ignorieren nun sogar den «Colle».